



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

Februar 2021

Wir alle sind Romana



Siehe Artikel S.3

Foto: Uli Gehner

Redaktionsschluss für die März-Ausgabe:
Freitag, 26.02.2021

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Aus dem Vorstand	S. 2
Wortmeldung aus Nord	S. 3
Wir alle sind Romana	S. 3
Corona-Veranstaltung am 4.2.	S. 5
Elbtower	S. 6
Kaufhäuser für alle	S. 7
Woche des Gedenkens	S. 8
Baranowski-Grab aufgelöst	S. 10
Stolperschwelle am Bauer-Verlag	S. 11
Termine / Kontakt	S. 13

Aus dem Vorstand

Vorstandssitzung

am 3.2. um 19:30 tagt der BEVO Hamburg-Mitte online mit folgender Tagesordnung.

1. Konstituierung
2. Wahlkampfplanung mit Vorstandsgenoss:innen aus Harburg. Wir bitten darum, dass sich einige Genoss:innen aus Wilhelmsburg zuschalten.
3. Bericht vom Landeswahlbüro
4. Terminplanung für die Wahlkreisversammlung (Wahlkreis 18)
5. Nachlese Mitgliedertreffen am 31.1.21
6. Finanzen
7. Verschiedenes

Die Konferenz kann über den folgenden Link erreicht werden:

<https://bbb.die-linke-hamburg.de/b/wol-klj-hit>

Zur Konferenzteilnahme **per Telefon** bitte die folgende Nummer wählen:

00494022639750 (Festnetztarif)

Dann die PIN-Nummer 21740 eingeben.

Mit der Telefontaste 0 kann das Telefon laut und wieder stumm gestellt werden.

Termininfo

Die Wahl der Delegierten für die Landesvertreter:innenversammlung (voraussichtlich 26.3. und 27.3.) findet, soweit es Corona zulässt, am 13.3./14.3. im Kulturpalast Billstedt statt. Alle Genoss:innen, die an dieser Sitzung teilnehmen dürfen, erhalten eine schriftliche Einladung vom Landesverband. Es dürfen alle Genoss:innen teilnehmen, die im Bezirk Hamburg-Mitte wahlberechtigt und mindestens 6 Wochen in der Partei sind.

i.A. Wolfgang Strauß

DIE LINKE BEVO Hamburg-Mitte

BÜCHEL IST ÜBERALL!
atomwaffenfrei.
jetzt



LÄNDER HABEN
ATOMWAFFEN
SCHON VERBOTEN

Seit dem 22. Januar 2021 ist der Atomwaffenverbotvertrag in Kraft getreten. 2017 hatten in der UN-Generalversammlung 122 der 193 Mitgliedsstaaten einen Vertrag zum Verbot aller Atomwaffen unterzeichnet. 51 Staaten haben den Vertrag inzwischen ratifiziert. Alle NATO-Staaten und alle Staaten, die über Atomwaffen verfügen, haben nicht unterzeichnet. Hamburg hat sich als Stadt und Bundesland der Bewegung gegen Atomwaffen angeschlossen.

Warum genau verschließt sich die Bundesregierung dem Anliegen? Nur Vasallentreue? Oder meinen einige immer noch, irgendwann mal wieder auf Eroberungstour gehen zu können? Sollen deshalb amerikanische Kampfbomber beschafft werden, die Nuklearwaffen ins Ziel tragen können?

Wir bleiben an der Seite von ICAN und streiten für den Beitritt der BRD zum Vertrag.

Kurze Wortmeldung aus Nord zu Planungen für den Bundestagswahlkampf

Nachdem wir im Januar-Mittwoch unsere Unterstützung und unsere Anforderungen an und die Teilnahme bei der Suche des oder der Kandidat:in für die Bundestagswahl für unseren gemeinsamen Wahlkreis bekundeten, freuten wir uns über die erste Kandidatenbewerbung: David Stoop.

Wir luden David daraufhin auf unseren Barmbecker- Online- Gruppenabend ein, um Raum für seine Vorstellungen sowie kritische Fragen unsererseits zu geben. David stellte sich als kämpferischer Gewerkschafter und Haushaltspolitischer Sprecher unserer Bürgerschaftsfraktion vor, der sich für Themen stark macht, auf die es – siehe unsere Einlassung im vorletzten Mittwoch - auch unserer Meinung nach im Wahlkampf ankommen wird. Uns ist ja besonders wichtig, dass die sozialen Verwerfungen, mit dem immensen Reichtum in unserer Stadt bei gleichzeitiger Armut, im Bundestagswahlkampf Gehör finden. Wir würden uns über weitere Kandidaturen freuen, wir wollen dann auch wieder Möglichkeit zur Vorstellung bei unseren über 100 Barmbecker Parteimitgliedern geben.

Zudem haben wir mit großem Verständnis zur Kenntnis genommen, dass die Wahl für die Kandidatur für den Wahlkreis 18 (Hamburg-Mitte) Corona-bedingt nicht am 6.2.2021 im Kulturpalast Billstedt stattfinden kann.

Die Ankündigung des Bezirksvorstandes Mitte, der in diesem Zusammenhang die Federführung hat, am 20. oder 21.3.21 die Aufstellung für den Wahlkreis 18 vorzunehmen, scheint uns vor dem Corona - Hintergrund erheblich sinnvoller. Darauf werden wir unsere Mitgliedschaft mobilisieren. Die Verschiebung der Kandidat:innenwahl auf

Ende Mai, wie auf der hybriden BMV in Mitte am 12. Dezember 2020 beschlossen, ist viel zu spät!

Die vergangenen Wahlen haben gezeigt, dass ein Vorwahlkampf essentiell ist, um mit den Menschen in unserer Nachbarschaft ins Gespräch zu kommen, ihre Sorgen und Forderungen wahrzunehmen und unsere Lösungswege darzustellen. Wir müssen besonders auch den oder die „Erwählte/n“ der Wahlbevölkerung baldigst vorstellen. In Anbetracht der im Juni beginnenden Sommerferien ist auch die Wahlkampfplanung erst in diesem Monat zu spät. Das wurde wohl beim BMV-Beschluss vergessen.

Nach den Sommerferien beginnt bereits die heiße Wahlkampfphase. Gerade in Zeiten von Corona, müssen wir uns gemeinsam, früh und mit genügend Vorlauf austauschen, um uns thematisch und personell gut für den Wahlkampf aufzustellen. Jedes Parteimitglied, das sich aktiv im Wahlkampf beteiligen möchte, muss möglichst frühzeitig nach dem Bundesparteitagsbeschluss des Wahlprogramms über Schwerpunkte unserer politischen Forderungen in Kenntnis gesetzt werden. Aus der Erfahrung der vergangenen Jahre eignen sich Wahlkämpfe besonders unsere Strukturen zu stärken, neue Mitglieder über den Wahlkampf einzubinden und als aktive Mitgliederpartei zu wachsen.

Mit solidarischen Grüßen aus Barmbek, Dulsberg, Hohenfelde und Uhlenhorst!

Antoine Schneider, Dino Ramm und Volker Hönold, Sprecherkollektiv der Stadtteilgruppe Barmbek

Wir alle sind Romana!

Von Michael Joho

Alle Welt weiß, wie groß die Personalnot in den Krankenhäusern ist, die Presse war im vergangenen Jahr voll von Berichten, wie dramatisch es auf den Stationen aussieht, allemal unter den Bedingungen der Coronapandemie. Eine der Beschäftigten, Romana Knezevic, Krankenpflegerkraft und Betriebsrätin in der Asklepiosklinik St. Georg hat die Verhältnisse beim Namen genannt. Am 17. Dezember 2020 gab sie dem „Hamburg Journal“ (NDR) ein Interview, in dem sie über massiven Personalmangel klagte, der sich durch die Zahl der steigenden Coronaer-

krankten dramatisch steigern würde. Häufig käme eine Pflegekraft auf bis zu fünf IntensivpatientInnen – Dauerstress für die KollegInnen, weil sie permanent vor der Entscheidung stehen, wem sie zuerst helfen, wenn es mal bei zweien oder gar dreien der Kranken gleichzeitig eng wird. Außerdem würden die Beschäftigten zeitweilig nicht zu pflegerischen Tätigkeiten kommen, weil sie zusätzliche Reinigungsarbeiten wegen auch dafür fehlenden Personals übernehmen müssten. Die dringend nötige Versorgung der PatientInnen würde sich dadurch

nochmals verzögern. „Und leider ist nicht immer eine menschenwürdige Sterbebegleitung möglich“, äußert Romana Knezevic gegenüber dem NDR, es fehle angesichts des hohen Arbeitspensums schlicht die Zeit. Asklepios habe die Klinik „kaputtgespart“ (Taz Nord vom 22.12.2020).

Und so etwas geht ja gar nicht, die Profitorientierung von Asklepios infrage zu stellen. Wenige Tage später holte die Unternehmensleitung den Hammer raus und leitete das Kündigungsverfahren ein. Es sei „nicht hinnehmbar, dass Mitarbeiter aus ideologisch-politischen Gründen gegenüber Medien wissentlich Falschinformationen verbreiten oder Ausnahmesituationen als Regelfälle darstellen“, tönt die Asklepiosleitung (Hamburger Abendblatt, 29.12.2020). Aus „ideologisch-politischen Gründen“, das soll man mal den (Intensiv-) PatientInnen in St. Georg erzählen, die das ganze Elend in den letzten Monaten, wenn nicht Jahren erlebt haben. Und davon können viele ein Lied singen!



Doch womit dieses privatkapitalistisch arbeitende Asklepiosunternehmen nicht gerechnet hat: Es gibt eine massiver Solidaritätsbewegung: mit Romana, mit den Beschäftigten der St. Georger Klinik, mit den Pflegekräften, den ÄrztInnen und dem Reinigungspersonal in allen Krankenhäusern. Denn alle wissen: Es geht um unser aller Gesundheit, PatientInnen und Pflegekräfte hängen am gleichen Tropf, wir alle sind Romana! Protesterklärungen sind zuhauf an Asklepios gerichtet worden, von etlichen Gewerkschafts- und zivilgesellschaftlichen Gruppen bis zur LINKEN hat es eine breite Welle der Unterstützung gegeben. Ein St. Georger Stadtteilbündnis vom Einwohnerverein über die PastorInnen und

Mehr und aktuelle Infos gibt es hier:

www.hamburger-krankenhausbewegung.de
www.pflegenotstand-hamburg.de/

Und hier lässt sich noch die Soli-Petition unterschreiben – gut 9.500 UnterzeichnerInnen sind es bereits:

https://weact.campact.de/petitions/covid-19-krankenhausbeschaeftigte-fordern-mitsprache-und-entlastung-schluss-mit-einschuechterungen-1?bucket=20210114-wa-up-test-krankenhausbeschaeftigte-sozialmix&share=1a768953-8b39-4074-b488-a9cc0bb478be&source=copy_email&utm_campaign=20210114-wa-up-test-krankenhausbeschaeftigte-sozialmix&utm_source=copy_email

MitarbeiterInnen aus sozialen Einrichtungen bis hin zu hiesigen KünstlerInnen beispielsweise forderte am 19. Januar in einem „Offenen Brief“ an Asklepios, aber auch den Senat: „Wir verlangen von der Klinikleitung, die beabsichtigte Kündigung dieser Kollegin sofort zurückzunehmen! Von der Freien und Hansestadt Hamburg erwarten wir, dass sie ihren Anteil von 25,1 % am der Asklepios Kliniken Hamburg GmbH und damit die ihr zustehende Sperrminorität ernst nimmt, um die Kündigung der Betriebsrätin zu verhindern!“

Seit dem 15. Januar betreiben engagierte Beschäftigte – zusammengeschlossen in der Hamburger Krankenhausbewegung – eine Mahnwache an der Langen Reihe, vis á vis zum Eingang der Asklepiosklinik. Jeden Tag ab 12.00 Uhr bis in den frühen Abend hinein machen sie auf die Verhältnisse in St. Georg und anderen Krankenhäusern aufmerksam. Unterstützung finden sie dabei u.a. von GewerkschafterInnen, aber auch StadtteilaktivistInnen, die ihnen einen Kaffee- und Bröchen-Gutschein für den gegenüberliegenden Feinkostladen gesponsert haben.

Sozial- und Gesundheitssenatorin Leonhardt schweigt das Problem und auch die Mitverantwortung aus, Asklepios-Chef Thomas Rupp hält offenbar an der Kündigung fest. Am Montag, den 1. Februar, 10.45 Uhr, gibt es den Arbeitsgerichtstermin. Solidaritätsgruppen laden ein, sich bereits um 10.15 Uhr vor dem Arbeitsgericht (Osterbekstraße 96) einzufinden. Tags darauf, also am 2. Februar, findet eine neue Form der Solidaritätsbewegung statt: eine Video-Versammlung, bei der sich alle UnterstützerInnen einklinken können. Der Zugangslink für diese Zoom-Konferenz lautet:

<https://us02web.zoom.us/j/82578079769>.

Krankenhausbeschäftigte werden vom ersten Verhandlungstag berichten, alle können sich an der Diskussion beteiligen, damit unsere Stimme des Protests und der Solidarität noch lauter wird. Hier ist auch DIE LINKE gefordert, die ja schon in den vergangenen Jahren die Pflegenotstandsbewegung intensiv unterstützt hat.

Veranstaltung am 4.2.

„Die Corona-Pandemie und ihre solidarische Bekämpfung“

Liebe Genoss:innen,
wir, die Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Gesundheit des LV Hamburg/Die Linke, möchten Euch unsere **Stellungnahme zur Corona-Pandemie** vorstellen. Ihr findet diese unter:
<https://deniz-celik.de/die-corona-pandemie-und-ihre-solidarische-bekaempfung/>

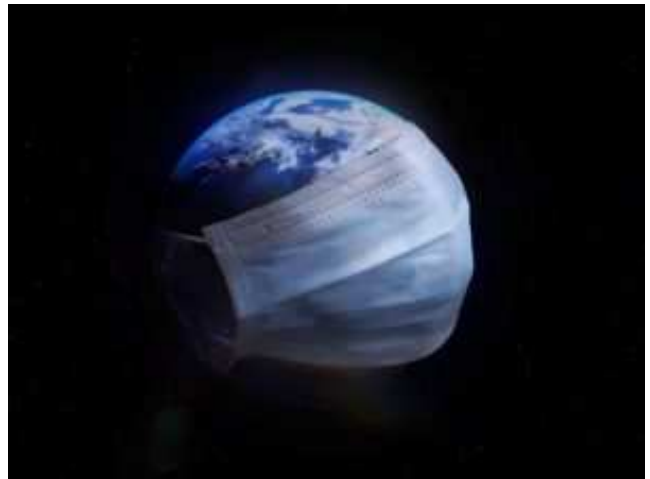
Neben einigen grundlegenden Informationen zum Virus und seiner Ausbreitung wollen wir über Maßnahmen zum Infektionsschutz sprechen, auch unter Berücksichtigung der Situation in den Schulen und Kitas, wie auch zu den Impfungen - lokal wie global.

Wir haben den Aufruf der Initiative „**Zero Covid** - das Ziel heißt null Infektionen! Für einen solidarischen europäischen Shutdown“ diskutiert und beschlossen, diese Initiative zu unterstützen. Auch wenn wir nicht mit allen Aussagen des Aufrufs voll übereinstimmen, denken wir, dass die Strategie der Pandemie-Bekämpfung die richtige ist und diese solidarisch gestaltet werden muss. Was wir unter solidarischer Pandemiebekämpfung verstehen, haben wir in unserem Papier ausführlich beschrieben. Der Aufruf der Initiative #zerocovid ist unter dem Link <https://zero-covid.org/> zu finden. Zu dieser Initiative planen wir eine weitere digitale Veranstaltung. Wir wer-

Aus der Stellungnahme:

Die Pandemie und wie sie begann

Die Corona-Pandemie begann 2019 in der Stadt Wuhan in China. Zunächst wurde von den dortigen Verantwortlichen versucht, den Ausbruch einer neuen Erkrankung zu verschweigen und zu vertuschen. In chinesischen sozialen Medien verbreitete sich Ende Dezember 2019 die Warnung des chinesischen Augenarztes Li Wenliang vor einem neuartigen Virus. Dieser musste auf Druck der Behörden seine Aussagen widerrufen und starb Anfang Februar 2020 an einer Coronainfektion. Die Behörden entschuldigten sich später für den erzwungenen Widerruf. Das Ausmaß der Infektionsausbreitung und die tödlichen Folgen für viele Menschen erschütterten das Vertrauen in das politische System – jedoch nur für wenige Wochen. Die Hilfs- und Eindämmungsmaßnahmen in China waren so effektiv, dass sich das Vertrauen der Bevölkerung wieder einstellte. Die Epidemie wurde zur globalen Pandemie. Hätten die Verantwortlichen – in China, in den USA, aber



den Euch darüber informieren, sobald der Termin feststeht.

Die Veranstaltung am **Donnerstag, dem 4. Februar 2021 um 19.30 Uhr** findet online statt:

www.deniz-celik.de/corona-veranstaltung

Gerne könnt ihr uns vorher Fragen unter ag-gesundheit@lists.die-linke-hh.de schicken, die wir dann an dem Abend aufnehmen wollen.

auch in Deutschland und anderen Staaten – die Situation schneller erkannt, hätte diese Pandemie evtl. aufgehalten oder zumindest verzögert werden können. China hat im Gegensatz zu den USA mit der WHO zusammengearbeitet und ist aktiv gegen die Pandemie vorgegangen, durch internationale Hilfe.

Zwar wurde im Rest der Welt nicht versucht, diese Erkrankung und die drohende Pandemie zu vertuschen. Der Ernst der Situation wurde nicht erkannt. So kam es u.a. in Europa zu einer unbemerkten Ausbreitung des Coronavirus, in Italien, Spanien und Frankreich. Diese regionale Ausbreitung war mehr oder weniger zufällig. Einen Weckruf für Europa stellten die Bilder aus Norditalien dar: überforderte Krankenhäuser, die zu Hot Spots wurden, und die vielen Toten dort. In allen drei Ländern haben neoliberale Umwandlungen das Gesundheitswesen erheblich geschwächt. ...

ELBTOWER: Gigantismus à la SPD

Heike Sudmann, 29.1.2021

Der Bezirk Mitte soll einen neuen Leuchtturm bekommen – so könnte die Geschichte um den Elbtower auch umschrieben werden. Doch es geht bei diesem 245 Meter hohen Gebäude an den Elbbrücken gar nicht um den Bezirk Mitte oder um die Stadt Hamburg, sondern um ein Vermächtnis von Olaf Scholz. Der heutige Bundesfinanzminister und damalige Erste Bürgermeister wollte und will sich hier ein Denkmal setzen. Und da Scholz nun auch noch der Kanzlerkandidat für die Bundestagswahl 2021 ist, darf es keine Verwerfungen geben, die kostbare Stimmen für Scholz und die SPD kosten könnten.

So lässt sich jedenfalls erklären, weshalb die Sozialdemokrat:innen in den entscheidenden Gremien (Bürgerschaft und Kommission für Stadtentwicklung) kein Problem damit haben, dem bekannten Investor René Benko (Karstadt; in Hamburg u.a. Alsterhaus, Gänsemarktpassage, Einkaufspassage Perle (ehemalige Landesbankzentrale am Gerhard-Hauptmann-Platz)) den roten Teppich noch weiter auszurollen.



Das noch leere Grundstück an den Elbbrücken

Großmundig forderte die SPD noch vor zwei Jahren, dass Benkos Unternehmen SIGNA vor der Übergabe des städtischen Grundstücks für mindestens 30 Prozent der geplanten Büroflächen und für die Hotelflächen verbindliche Miet- bzw. Pachtverträge vorlegen muss. Mittlerweile hatten nämlich auch die Sozialdemokrat:innen Angst bekommen, ob mit dem höchsten Gebäude Hamburgs nicht auch die höchsten Leerstände und entsprechende Verödungen geschaffen werden.

Der Senat argumentiert nun, in der HafenCity sei es doch kein Problem, Büroflächen zu vermieten, deshalb seien solche Sorgen unberechtigt. Doch aufgrund der Corona-Pandemie sei es eben schwierig, so viele Jahre vor der Fertigstellung Mietverträge abzuschließen. Diese Unlogik – keine Probleme zu sehen, aber keine Mietverträge zu bekommen – fiel im Haushaltsausschuss zwar auch einigen Sozialdemokrat:innen auf. Doch es hindert die SPD-Fraktion nicht daran, jetzt auf diese Vorvermietungsquote zu verzichten. Dass es für den versprochenen Publikumsmagneten im unteren Bereich des Gebäudes bis heute keine konkreten Ideen gibt, sei nur am Rande erwähnt. Auch andere Argumente gegen diesen baulichen Größenwahnsinn fruchten bei der SPD und den willfährigen Grünen nicht.

Zu dem notwendigen Bebauungsplan für den Elbtower gab es während der öffentlichen Auslegung Ende letzten Jahres viele qualifizierte Einwendungen. So schrieb ein Einwender: „Das geplante Hochhaus liegt einerseits im Weichbild der Kernstadt und hat andererseits weder von seiner Höhe noch von seiner Form irgendwas mit der übrigen Stadt zu tun.“ Für die Kernstadt, also die Innenstadt, waren bisher immer die Kirchtürme der Maßstab für die Höhe besonderer Gebäude. Derselbe Einwender setzte sich auch mit dem Wettbewerb unter den Groß- und Weltstädten auseinander: „Wenn sich im Übrigen die Stadt Hamburg mit Weltstädten messen möchte, weil es selbst den Anspruch hat, Weltstadt zu sein: Ein solches Hochhaus beeindruckt wenig. Kein Besucher wird erstaunt oder begeistert nach Abu Dhabi, Wuhan oder Dallas melden, in Hamburg gebe es ein 244 m hohes Gebäude. Das ist nichts, um darüber zu berichten. Die Annahme, dieser Turm sei auf Grund seiner Höhe bemerkenswert, ist kurzsichtig und um Vergleich zu weltgleichen Entwicklungen kleinkariert und lächerlich. Das Hochhaus wird genauso störend und albern wirken wie die 11geschossigen Hochhäuser am Rande von Pinneberg.“

Festzustellen bleibt also: Die Höhe und die Nutzung des Gebäudes sind umstritten, wie auch die Einwendungen der Bürger:innen zeigen. Der Senat kann nicht begründen, weshalb der Elbtower 245 Meter und nicht 100 oder 150 Meter hoch sein muss. Gigantismus ersetzt noch lange keine Stadtentwicklung.

Kaufhäuser für Alle!

Von Michael Joho, Referent bei Heike Sudmann, MdHB

Am Hamburger Hauptbahnhof,

mitten im Herzen der Stadt,
leicht von überall zu erreichen,
entsteht das schönste,
das 53. Haus der KAUFHOF AG



Der künftige KAUFHOF in der Mönckebergstraße, im Klöpperhaus (Modell)

**BALD AUCH
IN HAMBURG:**

KAUFHOF bietet
tausendfach
alles unter
einem Dach

Der Grund und Boden in der Hamburger Innenstadt gehört zu den teuersten Flächen, die Hamburg zu bieten hat. Aber was heißt schon Hamburg? Schaut mensch sich die Landesgrundbesitzverhältnisse im Citybereich innerhalb des Wallrings an, dann lässt der erste Blick erkennen, dass der ach so Freien und Hansestadt vielleicht noch 10, 15 Prozent gehören (<https://geoportal-hamburg.de/geo-online/>). Anders formuliert, die Innenstadt ist nicht nur ein besonders teures und von SpekulantInnen dominiertes Feld, die City ist auch das Areal, wo Umsatz und Rendite die allgemeine Richtung bestimmen.

Das könnte jetzt anders werden, zumindest an einer herausragenden Stelle. Im Oktober 2020 haben zwei zentrale Kaufhäuser – „Karstadt Sports“ und die „Galeria Kaufhof“ – ihre Tore geschlossen. 170 Beschäftigte sind allein beim Kaufhof arbeitslos geworden – gut jede/r Zehnte der gut 80.000 Erwerbslosen in Hamburg kommt mittlerweile aus einem Verkaufsberuf (Hamburger Abendblatt, 27.1.2021). Gewerbetreibende gehen pleite, weil sie die Mieten in ihren still liegenden Läden nicht mehr zahlen können, selbst große,

ebenfalls weitgehend geschlossene Kaufhäuser leiden unter den aberwitzigen Mietverträge, die sie vor einigen Jahren mit neuen GebäudeeigentümerInnen abgeschlossen haben. Gerade hat die Linksfraktion in der Bürgerschaft einen Mietschnitt für (Klein-) Gewerbetreibende beantragt: „Während viele Gastronomen und Kulturschaffende um ihre Existenz bangen müssen, fährt die Immobilienbranche zum Teil die höchsten Gewinne aller Zeiten ein. (...) Wir fordern,“ so Olga Fritzsche, die wirtschaftspolitische Sprecherin unserer Fraktion, „dass Vermieter gewerblicher Immobilien auf einen Teil ihrer Gewinne verzichten müssen, solange ihre Immobilien nicht wirklich genutzt werden können. So wollen wir die vielen kleinen Gewerbebetriebe entlasten, bei denen trotz fehlender Umsätze die Fixkosten, vor allem die oft horrend hohen Mietkosten, einfach weiterlaufen“ (<https://www.linksfraktion-hamburg.de/hamburgs-geschaefte-in-not-mietschnitt-fuer-gewerbetreibende/>).

Aber das ist nur das eine Problem, für die beiden leer stehenden Kaufhäuser an der Mö stellt sich nun die Frage, was mit den Riesengebäuden bzw. Grundstücken passieren soll. „Karstadt Sports“ ist 1979 gebaut worden, nach mehreren Verkäufen ist das Gebäude seit 2018 im Besitz der „R+V Versicherung AG“. Der Altbau schräg gegenüber ist 1912/13 als Teil der neuen Mönckebergstraße unter dem bekannten Architekten Fritz Höger errichtet worden. Ein gutes halbes Jahrhundert später wurde das Gebäude abgerissen, die Fassade allerdings erhalten, so dass der Komplex heute unter Denkmalschutz steht. Aus dem ehemaligen Klöpperhaus wurde dann 1967 der „Kaufhof“, damals mit sage und schreibe 1.400 ArbeitnehmerInnen (Die Welt, 24.10.1967). Heute ist der Komplex im Bestand der „Württembergischen Versicherung“ (Hamburger Abendblatt online, 2.10.2020).

Diese beiden, nun schon wieder einige Monate leer stehenden Gebäude eröffnen die historisch für viele Jahre sicherlich einmalige Chance, die Innenstadt von der östlichen (Hauptbahnhof-) Seite her quasi aufzurollen. Es gehört nicht allzu viel Phantasie dazu, sich vorzustellen, dass diese beiden Gebäude sozial und kulturell umgestaltet werden und damit neue Belebungsimpulse setzen, die die City dringend nötig hat. Allen ist klar, dass sich die Struktur hier ändern muss, doch statt sich den ökonomischen, sozialen und kulturellen Aspekten zu widmen, fällt diesem SPD-GRÜNEN-Senat nichts Besseres ein, als die Busse aus der Mö zu vertreiben und in der Ha-

fenCity ein neues Quartier zu schaffen, dass den Einkaufsbereich der City um ein weiteres Drittel erweitern soll. Das wird den Untergang der ein Jahrhundert wichtigsten Einkaufsmeile Hamburgs beschleunigen. Umso stärker wäre die Freie und Hansestadt Hamburg gefordert, die Innenstadt zu beleben, neue Wege zu gehen und damit die City aus der abendlich-nächtlichen Totenstille zu erwecken. Und da böten die beiden Ex-Kaufhäuser eine großartige Möglichkeit, sozusagen die „Grundsteine“, besser: die Ausgangspunkte für eine andere, lebensfähige und belebte Innenstadt zu schaffen. Die Stadt müsste allerdings investieren und die Gebäude resp. Grundstücke erwerben. Doch davon keine Spur. In einer kleinen Arbeitsgruppe saßen wir in der Linksfraktion im Herbst zusammen, um solcherart Überlegungen zu tätigen, doch die Solidarität mit den Beschäftigten hat diese zunächst in den Hintergrund treten lassen.

Seit längerem schon machen sich die Patriotische Gesellschaft und die Initiative Altstadt für Alle Gedanken darüber, wie die City verändert werden müsste. Eine der positiven Visionen: „Hamburgs Innenstadt wird wieder bewohnt.“ Allen MitN-mang-LeserInnen sei die Lektüre der zehn „Thesen für die Hamburger Innenstadt“ empfohlen. Sie sind im November 2020 von der Altstadtinitiative nach jahrelanger Diskussion veröffentlicht worden und finden sich im Netz hier:

https://www.patriotische-gesellschaft.de/webfile/show/3033/201125_Thesenpapier_lang.pdf

Inzwischen ist sich auch die alternative Szene der neuen Möglichkeiten zur Umgestaltung bewusst geworden. Das Bündnis Stadtherz war Anfang 2017 angetreten, um eine andere Stadtentwicklung rund um den Hauptbahnhof auf den Weg zu bringen, eine soziale und kulturelle Wende, jenseits des Profit- und Privatisierungswahns, der es z.B. sozialen Einrichtungen wie dem KIDS für die „Hauptbahnhofkinder“ und den Caritas-Stützpunkten für Obdachlose nahezu unmöglich macht, noch bezahlbare Räume in zentraler Lage zu finden. Kritisiert wird vom Stadtherz auch der seit dreieinhalb Jahren anhaltende Leerstand der ehemaligen Handelsschule Holzdamm, ausgerechnet in einem der letzten städtischen Gebäudekomplexe im Bahnhofsumfeld. Und nun also fordert das Bündnis eine „soziale Transformation der Innenstadt“. In der erst vor wenigen Tagen vorgelegten Erklärung wird nicht nur die soziale und kulturelle (Um-) Nutzung der beiden Gebäude an der Mö gefordert, es geht auch um kurzfristige Zwischennutzungen und eine bedarfsgerechte Entwicklung unter maßgeblicher Beteiligung der Bevölkerung. Und von der Stadt wird erwartet, dass sie ihr Vorkaufsrecht wahrnimmt, auch, „damit es nicht zu einer Spekulationsspirale, wie z.B. beim Holstenareal in Altona, kommt“. Rund 30 Organisationen und nochmal so viele Einzelpersonen – darunter GenossInnen unserer Bezirksfraktion Hamburg-Mitte – haben die Bündnis-Erklärung „Kaufhäuser für Alle!“ inzwischen unterschrieben. Zu finden (und ebenfalls zu unterzeichnen) ist sie hier: www.buendnisstadtherz.org.

Das Grauen von Auschwitz und die Woche des Gedenkens



Der Name Auschwitz steht stellvertretend für die Gräueltaten des Naziregimes. Mehr als 1,5 Millionen Menschen fielen an diesem Ort dem Naziterror zum Opfer. Sie kamen unter Umständen ums Leben, die sich jeder normalen menschlichen Vorstellungskraft entzieht.

Am 27.1.1945 wurde Auschwitz von der Roten Armee befreit. Der 27.1. ist deshalb seit 1996 ein

Bundesweiter Gedenktag und wird auch als Holocaust-Gedenktag bezeichnet. Der Bezirk Hamburg-Nord veranstaltet seit vielen Jahren um diesen Gedenktag herum eine Woche des Gedenkens. In etlichen anderen Hamburger Bezirken finden ebenfalls Gedenkwochen statt, in denen z.B. an die Bücherverbrennungen oder die „Reichspogromnacht“ erinnert wird. All diese Veranstaltungen sind notwendig in der heutigen Zeit, um dem Vergessen der Gräueltaten der Nazidiktatur entgegen zu wirken und vor allem der Jugend diese Themen nahezubringen, damit HolocaustleugnerInnen und sonstige VerschwörungstheoretikerInnen sowie rechte Parteien wie die AfD keinen Nährboden finden, um ihren Irrsinn zu verbreiten.

In Hamburg-Mitte gab es bisher so eine Gedenkwoche nicht. 10 Jahre kämpfte die Linksfraktion Hamburg-Mitte um so eine Veranstaltung. Die ursprüngliche Initiative dafür ging aus von Olaf Harms, damals Mitglied der Bezirksfraktion und zurzeit ehrenamtlicher Vorsitzender von ver.di Hamburg. Federführend war später besonders Bernhard Stietz-Leipnitz, der zu seiner Zeit als Bezirksabgeordneter und Mitglied im Kulturausschuss dieses Thema weiter verfolgte.

Die Linksfraktion Hamburg-Mitte hatte schließlich im Oktober 2019 mit einem Antrag den Anstoß geliefert, eine Woche des Gedenkens auch in Hamburg-Mitte zu etablieren. Aus diesem wurde dann ein Antrag der Koalition aus SPD, CDU und FDP (kurz Deko genannt), indem sich aber alle wesentlichen Punkte aus der ursprünglichen Vorlage der Linksfraktion wiederfanden. Deshalb gab es eine Zustimmung von der Linksfraktion und den Grünen im Dezember 2019, so dass die Woche des Gedenkens für den Bezirk Hamburg-Mitte einstimmig auf den Weg gebracht war. Geplant war es, die Woche terminlich um den 8. Mai 2020 zu legen, um an das Ende des Hitlerfaschismus durch verschiedene Veranstaltungen zu gedenken. Für die Planung wurde eine Arbeitsgruppe „Woche des Gedenkens“ eingerichtet, welche sich aus VertreterInnen des „Ausschusses für Musik, Kultur und Kreatives“, Bezirksversammlungsmitgliedern und einigen MitarbeiterInnen des Bezirksamtes Hamburg-Mitte, sowie der Projektleiterin Frau Nicole Mattern (Vereinigung Kinder vom Bullenhuser Damm) zusammensetzte. Im Februar/März wurden dann alle Planungen durch die Coronapandemie durchkreuzt. Der Termin in der ersten Maiwoche war nicht mehr zu halten. Das Ganze sollte dann auf den November verschoben und zu einem großen Teil über eine digitale Präsenz durchgeführt werden. Der Lockdown im November sorgte dann dafür, dass nur eine Präsenzveranstaltung in der St. Michaelis Kirche und zwei Rundgänge in St. Georg und Billstedt durchgeführt werden konnten. Alles andere fand über Online Veranstaltungen und digitale Projekte statt. Alles kann noch auf der Seite <https://gedenken-hamburg-mitte.de/> besichtigt werden. Eine große Aufmerksamkeit erhielt dabei das Schulprojekt Videos zum Thema „Familien Geschichten aus der NS-Zeit“. Insgesamt gab es viel Lob für das Gesamtprojekt.

Hier eine Rückmeldung von Prof. Dr. Detlev Garbe, Direktor Stiftung Hamburger Gedenkstätten



Das Leitbild/Logo der Woche des Gedenkens im November 2020. Es soll bleiben.

und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer Der NS-Verbrechen:

"Ich möchte meiner Freude Ausdruck verleihen, dass nun auch im Bezirk Mitte eine Woche des Gedenkens veranstaltet und damit in allen sieben Bezirken unserer Stadt regionalgeschichtlich orientierte Beiträge zur Erinnerungskultur erbracht werden. Auch wenn unter den Bedingungen der Pandemie die meisten Veranstaltungen im virtuellen Raum stattfinden müssen, so verdient allein das in Kooperation mit vielen Beteiligten vorbereitete Programm höchste Anerkennung. Möge die professionelle Präsentation der Programminhalte im Internet dazu führen, dass sie viele Menschen, junge wie ältere, nutzen. Und dann hoffen wir darauf, dass wir uns im nächsten Jahr bei so wichtigen Veranstaltungen wieder real begegnen und uns persönlich austauschen können."

Nach diesem Erfolg erarbeitete die Linksfraktion Hamburg-Mitte einen Interfraktionellen Antrag zur Verstetigung der „Woche des Gedenkens“, der mit leichten Modifikationen am 7.1.2021 im Ausschuss für Musik, Kultur und Kreatives beschlossen wurde. Auch die Finanzierung wurde in der Bezirksversammlung am 21.1.2021 sichergestellt.

Hier hat die Bezirksfraktion Hamburg-Mitte einen guten Job gemacht und damit die „Woche des Gedenkens“ als festes jährlich wiederkehrendes Ereignis der Erinnerungskultur verankert.

Ein herzliches Dankeschön hierfür.
Wolfgang Strauß

KZ-Kommandant kein Opfer von ‚Krieg und Gewaltherrschaft‘ – Grab endlich aufgelöst

2019 wurde bekannt, dass Hermann Baranowski, SS-Obersturmführer, Lagerkommandant des KZ Lichtenburg (ab April 1936), Schutzhaft-Lagerkommandant in Dachau (ab Nov. 1936), Kommandant des KZ Sachsenhausen (März 1938-Sept. 1939), auf dem Ohlsdorfer Friedhof liegt. Er war 1940 verstorben und in den 1950er Jahren auf ein Kriegsgräberfeld umgebettet worden, Seite an Seite mit Opfern des Krieges und der Nazi-Verbrechen. Bundesweit werden die Kriegsgräberfelder aus öffentlichen Mitteln gepflegt, ein Unterschied zwischen Tätern und Opfern des NS-Regimes nicht gemacht. Von den gut 2 Millionen in bundesdeutschen Kriegsgräberstätten ruhenden „Toten des Zweiten Weltkrieges“ gehörten nach Schätzung der Bundesregierung ca. 10 Prozent Verbänden der SS an.

In Zusammenarbeit mit dem linken Bundestagsabgeordneten André Hahn stellten wir 2019 zwei Anfragen an den Senat. Erst auf die zweite Anfrage bestätigte uns der Senat, dass Baranowski auf Kosten der Öffentlichkeit in Ohlsdorf begraben liegt. Die Medien berichteten darüber, eine Eingabe eines Bürgers für die Auflösung des Grabs erreichte die Bürgerschaft. Jetzt wurde durch die Mopo bekannt, dass die Eingabe dazu führte, dass das Grab aufgelöst wurde.

Die „Karriere“ des Baranowski macht deutlich, dass er kein kleiner „Mitläufer“ des Nazi-Regimes war. Von 1936 bis 1939 trug er Verantwortung für den Tod tausender Menschen. In Dachau sah Baranowski stundenlang Auspeitschungen zu und feuerte die SS-Schläger an, noch härter zuzuschlagen: „Dann dröhnte sein Lachen durch die Nacht, er brüllte und schlug sich auf die Schenkel. Den Häftlingen rief er zu: ‚Wenn ich lache, lacht der Teufel.‘“¹

Der spätere Auschwitz-Kommandant Rudolf Höß war in Sachsenhausen Adjutant von Baranowski und nannte ihn später sein „Vorbild“: „Auch er hatte Momente, in denen seine Gutmütigkeit, sein weiches Herz klar zu Tage traten, und doch war er hart und unerbittlich streng in allen Dienstangelegenheiten. So hielt er mir stets vor Augen, wie das in der SS geforderte harte ‚Muss‘ alle weichen Regungen zum Schweigen bringen musste.“²

Baranowskis Brutalität brachte ihm in Sachsenhausen den Namen „Vierkant“ ein. Man findet einige Schilderungen über seine persönliche Anordnung bzw. Beteiligung an Erschießungen, Folter und vielen Quälereien.

So erinnert sich Jahre später Heinrich Dieckmann an die Exekution seines Bruders, wie er ein Zeuge Jehovas:

Baranowski, der seinen Bruder tagelang gequält und sich schließlich direkt an Himmler gewandt hatte, habe am 15. September 1939 die inhaftierten Zeugen Jehovas antreten lassen und über Lautsprecher bekannt gegeben: „Der Häftling August Dickmann aus Dinslaken, geboren am 7. Januar 1910, verweigert den Wehrdienst, weil er ein Bürger des Königreiches Gottes ist. Er sagt, ‚wer Menschenblut vergießt, dessen Blut soll wieder vergossen werden‘. So hat er sich außerhalb der Volksgemeinschaft gestellt und wird auf Anordnung des Reichsführers SS Himmler erschossen.“ Zu meinem Bruder gewandt schrie er: ‚Dreh‘ dich um, du Schwein!‘ Dann gab er den Schießbefehl. Den Blick zum Kugelfang gerichtet, wurde mein Bruder von drei SS-Unterrückführern erschossen. Nachdem er zusammengebrochen war, ging der Lagerführer, ein hoher SS-Offizier (Rudolf Höß, CS), hin und schoss ihm noch eine Kugel durch den Kopf.“³

Auch Hans Litten, der sich als Strafverteidiger und Antifaschist einen Namen als „Anwalt des Proletariats“ gemacht hatte, wurde in Sachsenhausen in besonderem Maße Ziel der Brutalität Baranowskis und schließlich in den Tod getrieben.⁴

Dass Nazi-Täter Seite an Seite mit Kriegsopfern in den Gräbern liegen, ist schwer zu ertragen, zumal sich auf dem Grab Baranowskis kein einziger Hinweis auf seine Beteiligung an den Verbrechen befunden hatte. Baranowski ist auch in Hamburg kein Einzelfall. Seit zwei Jahren arbeitet ein „Runder Tisch Weltkriegsgräber“, an dem antifaschistische Organisationen und verschiedene Verwaltungen, u.a. des Friedhofs, zusammensitzen und an einem Konzept zur Trennung von Tätern und Opfern arbeiten.

Christiane Schneider

¹ <http://www.tenumbergreinhard.de/1933-1945-taeter-und-mitlaeufer/1933-1945-biografien-b/baranowski-hermann.html>

² Zitiert nach Wikipedia aus: Rudolf Höß, Kommandant in Auschwitz. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1958, S. 69

³ <https://www.sachsenhausen-sbg.de/meldungen/80-jahrestag-der-ermordung-von-august-dickmann/>

⁴ <https://www.hans-litten.de/sein-leben/1933-1938/>

Eine Stolperschwelle im Kontorhausviertel

Am 13. Februar 2021 wird eine Stolperschwelle im Kontorhausviertel verlegt, die an die Opfer der NS-Zwangsarbeitssysteme erinnern soll. Ab 11 Uhr soll in einer virtuellen Kundgebung live über die Verlegung berichtet werden. Falko Droßmann, Bezirksamtsleiter Hamburg Mitte, wird einer der Redenden sein.

<https://heinrichbauerhaus.wordpress.com/2021/01/23/rednerinnen-und-redner-am-13-februar-2021/>

Die Schwelle ist den Opfer der NS-Zwangsarbeitssysteme gewidmet. Es waren italienische Militärinternierte, die von Dezember 1943 bis Mai 1945 u.a. im damaligen Heinrich-Bauer-Haus, in der Schützenpforte 11 kaserniert waren. Die Schützenpforte gibt es seit 65 Jahren nicht mehr, auch das Heinrich-Bauer-Haus ist abgerissen: Dort steht heute das Gebäude der Bauer Media Group – also derselbe Eigentümer. Bauer gehört zu den weltweit größten Zeitschriftenunternehmen. Erst im Januar 2020 wurde bekannt, dass der frühere Geschäftsführer, Alf-

<https://www.gedenkstaetten-in-hamburg.de/gedenkstaetten/gedenkort/mahnmal-fuer-die-opfer-der-zwangsarbeit-in-kaltehofe/>

red Bauer, NSDAP-Mitglied war und sich die Familie am Raubkauf jüdischen Eigentums bis 1938/1939 beteiligt hatte.

Stolperschwellen werden gelegt, wenn es eine größere Anzahl an NS-Opfer an einem Ort gab und die Namen nicht mehr vollständig oder teilweise ermittelbar sind. So zum Beispiel auf dem Gelände der evangelischen Stiftung Alsterdorf, die an die Krankenmorde erinnert sowie hunderte Opfer, die später ermordet wurden. Die Stolperschwelle im Kontorhausviertel wird künftig an insgesamt 700 italienische Zwangsarbeiter erinnern. Sie verweist auch auf die Elbinsel Kaltehofe, von wo aus einst die Hamburger Wasserwerke Hamburg mit Trinkwasser versorgten. In der NS-Zeit waren hier Zwangsarbeiter u.a. auch italienische Militärinternierte, von denen 14 aus dem Lager in der Schützenpforte kamen, eingesetzt. Seit 2016 erinnert ein Mahnmal an die Zwangsarbeiter bei den Hamburger Wasserwerken auf Kaltehofe.

F *Schützenpforte Nr. 11* *Stückwerk* *Zahl der Wohnräume: Lager*

(Gedächtnisprotokoll)

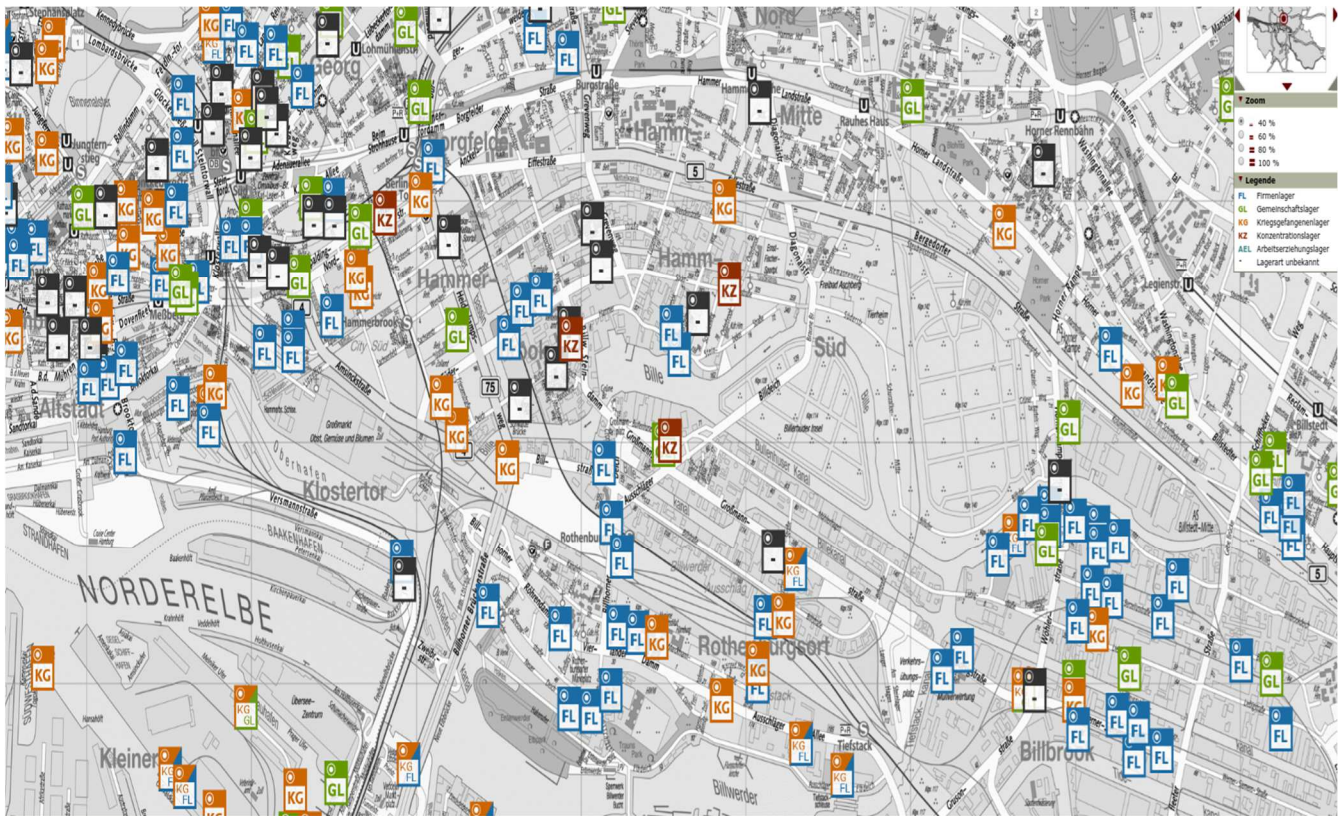
Zu- und Vornamen, Beruf (bei Verheirateten auch Nachname, posthumale und Name aus der letzten früheren Ehe)	Geburts-			Ort (Provinz)	Staats- milien- stand	Blut- gruppen- klasse	Staats- ange- hörig- keit	Tag der Ein- - und Ab- meldung	Zugezogen von	Verzogen nach	Beruf	Verwehrt im Lichtbild
	tag	mo- nat	jahr									
<i>Riccardo</i> Maler	5	11	14	<i>Villanova</i>	<i>of</i>	<i>Italien</i>	<i>Italien</i>	<i>24/10</i> <i>44</i>	<i>Schützengarten</i> <i>13.1.45</i>	<i>13.1.45</i> <i>Kielort 3573</i>		
<i>Giovanni</i> Zuschütler	19	9	14	<i>Antverpen</i>				<i>13/10</i> <i>44</i>		<i>Springgarten</i> <i>13.1.45</i>		
<i>Domenico</i> Maler	9	11	24	<i>S. Pietro</i>				<i>17/10</i> <i>44</i>		<i>Schützengarten</i> <i>13.1.45</i>		
<i>Antonio</i> Maler	10	11	22	<i>Moro</i>				<i>20/10</i> <i>44</i>		<i>Kielort 3573</i> <i>13.1.45</i>		
<i>Francesco</i> Zuschütler	10	6	23	<i>Tratta</i>						<i>Kielort 3573</i> <i>13.1.45</i>		
<i>Ferdinando</i> Maler	14	3	24	<i>Roma</i>						<i>Springgarten</i> <i>13.1.45</i>		
<i>Alfio</i> Maler	14	11	24	<i>Torino</i>				<i>21/10</i> <i>44</i>		<i>Springgarten</i> <i>13.1.45</i>		
<i>Luigi</i> Maler										<i>Springgarten</i> <i>13.1.45</i>		

Die Hausmeldekartei Schützenpforte

Quelle: Staatsarchiv Hamburg, 332-8_A 51/1, 741-4 Fotoarchiv K 2320

Seit September 1943 waren über 13.500 von rund 600.000 italienischen Militärinternierten nach Hamburg verschleppt worden. Sie wurden im Laufe der Zeit auf über 200 Standorte in der

Stadt verteilt – vor allem in öffentlichen Gebäuden wie Schulen oder im Hamburger Hafen. Aber eben auch in Kontorhäusern.



Quelle: www.zwangsarbeit-in-hamburg.de

„Es ist längst überfällig, dass an die italienischen Militärinternierten im NS-Zwangsarbeitssystem in Hamburg erinnert wird“, so Ina Morgenroth, Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte. „Die von dem Einsatz profitierenden Unternehmen haben nach meiner Meinung noch heute Verantwortung zu übernehmen. Aber ich habe auch mich gefragt, was ich selbst praktisch tun kann. Also habe ich einen Teil der Finanzierung der Stolperschwelle mit übernommen. Gäbe es nicht diese finanzielle Bereitschaft der Zivilgesellschaft in Hamburg, es würden sicher weniger Stolpersteine auf den Gehwegen zu finden sein. Es gab eine halbe Million Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in der NS-Zeit von 1939/40 bis 1945. „Während die Stadt Hamburg von einer historischen Schuld spricht, wollen die feinen hanseatischen Unternehmen zumeist nicht an ihre Rolle in der NS-Zeit erinnert werden.“, meint Morgenroth. "So haben wir als Linksfraktion außerdem die Woche des Gedenkens in Hamburg-Mitte angestoßen und freuen uns besonders, dass diese nun jährlich

stattfinden wird. Ein weiterer wichtiger Baustein, um der millionenfachen Opfer zu gedenken und die Gräueltaten der Nazis nicht vergessen zu lassen."

Ina Morgenroth greift noch ein weiteres Thema des NS- Zwangsarbeitssystem am Beispiel des Bezirks Hamburg-Mitte auf: „Welches Hamburger Hafener Unternehmen hat eigentlich keine Zwangsarbeiter eingesetzt? Diese Liste wäre sicher schneller erstellt, als die der Profiteure.“ Im Überseeheim auf der Veddel waren tausende Zwangsarbeiter gezwungen, zu leben.

Wer an der virtuellen Kundgebung teilnehmen möchte, kann sich an den Veranstalter unter rechtespurensuche@gmail.com wenden. Die Kundgebung findet am Sonnabend, den 13. Februar 2021, um 11 Uhr statt.

Mehr unter <https://heinrichbauerhaus.WordPress.com> .

Holger Artus

Termine in (und für) Mitte

Dies sind die regelmäßigen Termine. Bitte Corona bedingt auf gesonderte Einladungen achten. Die meisten Termine finden sicherlich digital statt.

Freitags, 17 – 18 Uhr:

Mahnwache der Ini Gedenkort Stadthaus, ebendort, Ecke Neuer Wall

Montag, 08.02., 16:30 Uhr

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik** digital, Link in der Einladung

Dienstag, 09.02., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel** Vereinshaus Gartenverein "Im Bauernfelde"

Donnerstag, 11.02., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt** digital, siehe besondere Einladung

Mittwoch, 17.02., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg** GW, Hansaplatz 9, evtl. online

Mittwoch, 17.02., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde** Büro Borgfelder Straße 83

Donnerstag, 18.02, 17:30 Uhr

Sitzung der Bezirksversammlung (im Sitzungssaal, also evtl. wieder im Livestream)

Dienstag, 23.02., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel** Vereinshaus Gartenverein "Im Bauernfelde"

März 2021

Montag, 08.03., 16:30 Uhr

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik** Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

Dienstag, 09.03., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel** Vereinshaus Gartenverein "Im Bauernfelde"

Donnerstag, 11.03, 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt** Büro Billstedter Hauptstraße 76 (Auf Einladung Mehmet Yildiz)

Mittwoch, 17.03., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg** GW, Hansaplatz 9

Mittwoch, 17.03., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde** Büro Borgfelder Straße 83

Dienstag, 23.03., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel** Vereinshaus Gartenverein "Im Bauernfelde"

Die **Finkenlinke** trifft sich nach Absprache. Kontakt: Kerstin Fremder-Sauerbeck fremdes@gmx.de

Regelmäßig Montag und Donnerstag, jeweils von 13 bis 15 Uhr:

Sozialberatung im Abgeordnetenbüro Mehmet Yildiz, Billstedter Hauptstraße 76

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der Partei: www.die-linke-hamburg.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

Monika Berstecher		
Kerstin Fremder-Sauerbeck		
Jörg Günther (Schatzmeister)		
Maurizio Kosinski		
Suna Sahin		
Wolfgang Strauß		
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
Facebook	https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/	
Im Netz:	http://www.die-linke-hamburg-mitte.de	
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteN Mang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de
Fraktionsgeschäftsstelle Tilman Rosenau	040 28 57 69 08	geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Spendenkonto DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX

Wer Frieden will, muss abrüsten!

**Wer Frieden will, muss für den Frieden kämpfen,
darf nicht weiter Kriege vorbereiten,
darf nicht mit dem Atomkrieg drohen,
muss auf den Erstschlag verzichten,
darf den Tod nicht exportieren!**

Nachhaltiger Frieden entscheidet sich jetzt – auch mit uns.

Die Konfrontationspolitik des Kalten Krieges ist zurück. Aggressiver Nationalismus breitet sich aus. Armut und soziale Ungleichheit werden immer krasser. Die globale Klimakrise bedroht uns alle. Kriege und Naturzerstörung sind die entscheidenden Ursachen für Flucht und Vertreibung. Die Corona-Pandemie zeigt auch uns die Grenzen auf, die Schutzschichten menschlichen Lebens sind dünn geworden.

Gleichzeitig wird seit Jahren ein neuer Rüstungswettkampf vorangetrieben. Zentrale Vereinbarungen zur Rüstungskontrolle sind durch die USA aufgekündigt. Neue, noch gefährlichere, zielgenauere Atomwaffen werden produziert und sollen auch in Deutschland stationiert werden. Die weltweiten Militärausgaben steigen trotz Klimakrise und Pandemie ins Unermessliche: 1,92 Billionen US-Dollar, davon die Hälfte allein durch die NATO-Staaten. Die Rüstungsausgaben nur der USA betragen 2019 fast das Dreifache der chinesischen und mehr als das Elffache der russischen Ausgaben. Deutschland liegt auf Platz sieben und gibt in diesem Jahr erstmals mehr als 50 Milliarden Euro für das Militär aus. Beim Rüstungsexport erreicht unser Land den skandalösen Rang fünf.

Unsere Welt ist auf Gemeinsamkeit, auf Gegenseitigkeit angewiesen, wenn wir globale Gerechtigkeit und dauerhafte Abrüstung und Frieden schaffen wollen. Eine neue Entspannungspolitik in gesamt-europäischer Perspektive ist notwendig, nicht gegen Russland und China, sondern nur mit diesen Ländern. Europa kann und muss zu einem zivilen Friedensprojekt werden.

„Verantwortung übernehmen“ heißt deshalb:

- Deutschland und die europäischen Staaten müssen dem Atomwaffenverbot-Vertrag beitreten. Wir wollen ein atomwaffenfreies Deutschland, wir wollen nicht länger die „nukleare Teilhabe“.
- Wir wenden uns gegen das NATO-Ziel, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für militärische Zwecke auszugeben.
- Wir fordern eine neue Friedens- und Entspannungspolitik, ein System gemeinsamer Sicherheit und kontrollierter Abrüstung.
- Rüstungsexporte in Krisenregionen, an kriegsführende Staaten, an diktatorische oder autokratische Regime müssen beendet werden.
- Autonome Waffensysteme sind weltweit zu ächten.
- Die Bundeswehr darf nicht mit bewaffneten Drohnen aufgerüstet werden.

Abrüsten statt aufrüsten ist das Gebot der Stunde.

Dafür demonstrieren wir am Ostermontag.

Wir unterstützen den Ostermarsch / Ostermarschaufruf 2021 und sind mit einer Veröffentlichung unseres Namens einverstanden:

Name/Organisation _____

Anschrift _____

Wir unterstützen den Ostermarsch mit einer Spende in Höhe von _____ Euro.

Bitte schickt uns eure Unterschrift bis zum 28.2.2021 per E-Mail an hamburger-forum@hamburg.de oder per Post (Posteingang 27.2.) an: Hamburger Forum

c/o Sönke Wandschneider

Lange Reihe 101

20099 Hamburg